

Kommunalpolitik im Zeichen der Globalisierung

- oder: Das Ende des Merkantilismus? -

*Anmerkungen zu einer Strategiedebatte für kommunales Handeln im 21. Jahrhundert**

Christian Rosskopf zum 75. Geburtstag
Gunnar Schwarting, Mainz

I.

„14 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung feiern wir eine ‚europäische Wiedervereinigung‘. Nach Krieg und ideologischer Teilung schlagen wir eine neue Seite im europäischen Geschichtsbuch auf. Wir sind glücklich, dass unsere Kinder heute in einem geeinten Europa aufwachsen, in dem die Menschen sich als Nachbarn und Verwandte begegnen.“¹

So formulierte es Sachsens Ministerpräsident, Georg Milbradt, in einer Regierungserklärung am Vorabend des Beitritts von 10 Staaten zur Europäischen Union zum 1.5.2004. Natürlich hob er die Chancen seines Landes durch die Öffnung von Grenzen und Märkten hervor. Doch Georg Milbradt ist ein viel zu kluger Ministerpräsident, als dass er nicht wüsste, dass die Menschen dem regierungsoffiziellen Optimismus misstrauen: „Genau diese Öffnung und Erleichterung macht aber vielen Teilen der Bevölkerung Angst.“² Sie fürchten Entwicklungen, die ihre Lebensumstände allmählich, vielleicht aber auch ganz abrupt verändern können.

Zwar enthält die neue Verfassung der EU ein klares Bekenntnis zum Subsidiaritätsgedanken, der zumindest auf dem Papier im Grundsatz den Nationalstaaten den Vorrang zur Regelung von Lebensbereichen gibt – doch wie weit geht tatsächlich die Gestaltungsfähigkeit der Politik? Denn: Ist die Erweiterung der Europäischen Union schon vielen nicht so ganz geheuer, so gilt das erst recht für jenen Prozess, den wir gemeinhin verkürzend als Globalisierung bezeichnen.³ Die Menschen erleben, dass viele Probleme der Welt auch ihr eigenes Lebensumfeld berühren.

So führen der „Öldurst“ und der „Stahlhunger“ in China, auf Grund der weltweiten Verflechtung nahezu unverzüglich zu steigenden Preisen, die letztlich auch auf unsere Märkte durchschlagen; Währungsturbulenzen in Asien treffen nicht nur unsere Finanzmärkte, sondern auch unsere Realwirtschaft, der Produktionsausfall an einer Stelle einer weltweiten Zulieferkette führt zu Stillstand auch in heimischen Betrieben. Derzeit dominiert daher in der öffentlichen Meinung der Eindruck, Prozesse nicht

* Vortrag anlässlich des gleichnamigen Symposiums der Johann Joachim Becher-Gesellschaft zu Speyer am 17.1.2005. Dank gebührt den Kommentatoren Friedrich Sell, Hans-Joachim Spengler, Wolfgang Bühring, Uwe Geske und Volker Fouquet für zahlreiche Ergänzungen und wichtige Kontrapunkte. Der Beitrag gibt im Übrigen die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

¹ Regierungserklärung des Sächsischen Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Georg Milbradt, am 22. April im Sächsischen Landtag.

² Ebd.

³ Eine knappe Definition des Begriffes „Globalisierung“ erweist sich als unmöglich; im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“ (BT-Drs. 14/2350, hier zitiert nach www.bundestag.de/gremien/welt/glob_end/n1.html) wird daher an Stelle dessen eine ausführliche Beschreibung der mit dem Begriff assoziierten Phänomene gegeben.

gestalten zu können, sondern von ihnen getrieben zu sein. Das macht im Übrigen auch die Suche nach Ursachen von Fehlentwicklungen scheinbar so einfach – im Zweifel werden Probleme gerne als Globalisierungsfolgen bezeichnet.

Allerdings – diese Phänomene sind nicht ganz neu. Als die Spanier nach der Eroberung Perus den europäischen Markt mit Silber überschwemmt, gab es eine europaweite Teuerung, für die – anders als heute – die Menschen keine Erklärung fanden. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben wir die Überzeugung gewonnen, derartige Probleme zu erkennen und zu beherrschen. Trotz des Zusammenbruchs des Währungssystems von Bretton Woods glauben wir die Weltfinanzwirtschaft bei Zentralbanken, IWF und Weltbank gut aufgehoben.

Vor mehr als 30 Jahren warnte der Club of Rome, dass eine Fortsetzung des exzessiven Ressourcenverbrauchs die Menschheit in eine ökologische Katastrophe und an das Ende der Rohstoffreserven führen würde. Tatsächlich hat in der Folgezeit der Begriff der Nachhaltigkeit nicht nur seinen festen Platz in politischen Deklarationen gefunden, sondern auch zu einem (allerdings nur begrenzten) Umdenken geführt. Deshalb dürfte heute bei vielen der Eindruck herrschen, dass auch diese Herausforderung gemeistert werden kann. Ist daher der Argwohn gegen die Globalisierung übertrieben? Gilt vielleicht doch der rheinische Überlebensspruch „et is noch immer jod jeje“?

Globalisierung wird heute in dem Sinne als allumfassend verstanden, dass sie nicht nur jeden Winkel der Erde, sondern auch nahezu jeden Lebensbereich betrifft. Globalisierung ist dabei nicht losgelöst von der Liberalisierung der Märkte zu verstehen. Die Öffnung erfasst nicht nur den Finanzsektor oder Gütermärkte, sondern in zunehmendem Maße auch den Bereich der Dienstleistungen. Tatsächlich müssen wir registrieren, dass ein Gremium wie die WTO – die dem kommunalen Geschehen bisher völlig fern schien – die Liberalisierung auch von Dienstleistungen im Sozial- und Bildungsbereich erörtert, die jedenfalls in Deutschland als typisch öffentliche, oft kommunale Aufgabe angesehen werden. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass die WTO und ihre Vorgängerorganisationen sehr bewusst als Gegenentwurf zu merkantilem Denken zu verstehen sind. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns besser nicht auf das rheinische Lebensmotto verlassen; vermutlich stehen wir am Beginn (vielleicht schon mitten in) einer völligen Umwälzung dessen, was wir gemeinhin als Kommunalpolitik bezeichnen.

Nun will ich an dieser Stelle keineswegs den Versuch wagen, einen auch nur bruchstückhaften Abriss zum Thema „Globalisierung“ zu geben; das haben Berufenere in diesem Kreise bereits profund getan.⁴ Ich kann aber auch nicht einmal die Grundzüge einer „angepassten“ Kommunalpolitik skizzieren;⁵ dies würde den Rahmen des heutigen Abends vollkommen sprengen. Lassen Sie mich deshalb exemplarisch an wenigen typischen kommunalen Handlungsfeldern die Probleme – und die sich daraus ergebenden Perspektiven skizzieren. Dabei erlaube ich mir in einer der Historie

⁴ Vgl. sehr prägnant Heinrich Reiner mann, Johann Joachim Becher-Preis 1999: Die Laudationes, in: Heinrich Reiner mann/Christian Rosskopf (Hrsg.), Merkantilismus und Globalisierung, Baden-Baden 2000, S. 153ff. Sehr umfassend der Schlussbericht der Enquête-Kommission, a.a.O. Viele wertvolle Hinweise hat der Verfasser auch aus dem zu Ehren von Dieter Duwendag durchgeführten Forschungssymposium „Herausforderungen der Globalisierung für die nationale und supranationale Politik“ am 3.12.2004 am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der DHV Speyer erhalten.

⁵ Einen der wenigen Beiträge zur Thematik liefert sehr früh bereits Roland Berger, Urbanität im Spannungsfeld einer globalisierenden Wirtschaft, in: Stadtvisionen – 100 Jahre Bayerischer Städtetag, München 1996, S. 61ff.

verpflichteten Gesellschaft den einen oder anderen kritischen Blick zurück; auch wenn die Geschichte nicht die Lösungen für unsere Zeit parat hält, so lässt sich doch im historischen Vergleich die eine oder andere Einsicht gewinnen.

Nach einem kurzen Blick auf das Subsidiaritätsprinzip will ich mich dem Problem der Migration und ihrer Bedeutung für die Kommunalpolitik widmen. Daran anschliessend gehe ich auf die Grenzen kommunaler Wirtschaftspolitik ein; eng damit verknüpft ist die Erosion der kommunalen Finanzen. Schließlich möchte ich noch einige Worte zur Uniformität der Städte sagen. Mit dieser Auswahl möchte ich auch unterstreichen, dass es sich bei der Globalisierung zwar um einen im Kern ökonomischen Sachverhalt handelt, der sich aber in ganz verschiedenen Feldern der Kommunalpolitik manifestiert. Zuvor seien jedoch einige Worte zum sehr schillernden Begriff der Subsidiarität gesagt.

II.

Wenn Kommunalpolitiker über die europäische Verfassung sprechen, betonen sie stets die Verankerung des Subsidiaritätsprinzips. Damit ist in dem hier betrachteten Zusammenhang – verkürzt gesprochen – die Vorstellung verknüpft, dass Entscheidungen so weit als möglich dezentral getroffen werden. Tatsächlich enthält der Entwurf der Europäischen Verfassung⁶ in Artikel 9 ein klares Bekenntnis zur Subsidiarität:

Abs.1: „Für die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Union gilt der Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung. Für die Ausübung der Zuständigkeiten der Union gelten die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit.“

Abs.3: „Nach dem Subsidiaritätsprinzip wird die Union in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend erreicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser erreicht werden können.“

Die Organe der Union wenden das Subsidiaritätsprinzip nach dem Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit im Anhang zur Verfassung an. Die nationalen Parlamente achten auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips nach dem in diesem Protokoll vorgesehenen Verfahren.“

Auf den ersten Blick wirken damit Sorgen der kommunalen Entscheidungsträger, im zusammenwachsenden Europa keine Gestaltungsspielräume zu haben, unbegründet. Kommunale Spitzenverbände bestärken sie unter Verweis auf das Subsidiaritätsprinzip, das im Übrigen nicht zu den umstrittenen Themen des Verfassungsentwurfs gehört, zudem in dieser Annahme.

⁶ Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa vom 10. Juli 2003, CONV 850/03.

Dass diese Zuversicht trügerisch sein dürfte, hat Franz Josef Radermacher, Laudator anlässlich eines anderen besonderen Geburtstages hier in Speyer, sehr deutlich hervorgehoben: „Zunächst scheinen viele Fragen isoliert und auf lokaler Ebene lösbar ... Allerdings zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass alle diese Themen letztlich über das weltökonomische System eng miteinander verflochten sind, nämlich entweder über zu beachtende internationale Regelwerke oder über relative Preise von Gütern und Dienstleistungen. Gewisse Maßnahmen sind dann vor Ort nicht mehr zulässig, weil sie den Charakter nicht-tarifärer Handelshemmnisse haben können ...“⁷

Die Globalisierung macht eben nicht vor einer Verfassung halt. Daher kommt Radermacher auch zu einem für den kommunalpolitisch Verantwortlichen wenig hoffnungsvollen Schluss: „Subsidiarität ist ein einleuchtendes Prinzip, aber schwer durchsetzbar. Denn über den Weltmarkt hängt fast alles mit allem zusammen. Man braucht schon ein gutes weltökonomisches Design, damit das Subsidiaritätsprinzip seine vorteilhaften Wirkungen entfalten kann.“⁸

Ein solches Design aber – so wird man mit Radermacher feststellen dürfen – hat die Weltwirtschaft jedenfalls bis jetzt noch nicht.

III.

Offene Grenzen und die Niederlassungsfreiheit in der EU bedeuten für viele Menschen einen Zustrom von Migranten, die in Konkurrenz um die knappen Arbeitsplätze, günstigen Wohnraum und Sozialleistungen treten. Gerade die Städte sind seit jeher Brennpunkte der Migration; dort müssen die Probleme der Integration und ihrer Kehrseite, der Segregation gelöst werden. Das ist – wie jeder (Ober)Bürgermeister weiss – nicht nur eine außerordentlich komplexe, sondern auch teure Aufgabe.

Es ist noch gar nicht so lange her, da waren die westdeutschen Kommunen mit dieser Frage ganz plötzlich und in völlig anderem Ausmaß konfrontiert. Als die innerdeutsche Grenze fiel, galt für alle Bürgerinnen und Bürger der noch existierenden DDR die Niederlassungsfreiheit in ganz Deutschland. Wurden die Ersten noch freudig mit Begrüßungsgeld bedacht, so wuchs die Sorge von Tag zu Tag, als immer neue Menschen in unsere Städte und Gemeinden drängten.

Für die Unterbringung dieser Menschen wurden Container, leerstehende Fabrikgebäude oder Turnhallen requiriert, um Notunterkünfte zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit den Aussiedlern und den Asylbewerbern ergab sich ein enormer Problemdruck, der heftige kommunalpolitische Turbulenzen auslösen konnte – und auslöste. Insofern muss man verstehen, dass viele Menschen Wiederholungen fürchten. Allerdings sollte auch nicht übersehen werden, in wie kurzer Zeit es gelungen ist, diesen Menschen ein vernünftiges Dach über dem Kopf und die Teilhabe an unseren Infrastruktureinrichtungen (in der Anfangsphase sogar am Arbeitsmarkt) zu verschaffen. Das ist ein alles in allem beachtlicher Beweis kommunaler Problemlösungskompetenz.

Nun ist Zuwanderung aber nicht allein ein von außen drängendes Problem. Die demografische Entwicklung wird – wenn die Prognosen nicht völlig falsch sind – ohne

⁷ Franz Josef Radermacher, Balance oder Zerstörung, Wien 2002, S. 56

⁸ Ebd.

weitere Zuwanderung kaum zu meistern sein. Noch immer glauben viele Kommunalpolitiker, mit der Ausweisung von Neubaugebieten für den Einfamilienhausbau verbunden mit dem Zuzug junger Familien, in der Regel aus der benachbarten Stadt, das Demographieproblem für ihre eigene Gemeinde lösen zu können. Das aber ist ein – und wenn ihn alle Kommunen begehen, auch noch teurer – Irrtum.

Allein der Mangel an Arbeitskräften, nicht zuletzt im Dienstleistungssektor wird uns zwingen, Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Diese Erkenntnis ist längst nicht mehr nur akademischen Zirkeln vorbehalten – die Wirtschaftsverbände äußern sich inzwischen dazu auch in der Öffentlichkeit. Friedrich Sell hat im Übrigen sehr prägnant den historischen Bezug hergestellt: „Aktive Bevölkerungs- und Zuwanderungspolitik, wie sie der Merkantilismus kannte, sind eine wichtige Zukunftsoption der Wohlfahrtsstaaten.“⁹ So wie der Souverän seinerzeit die angeworbenen Fachleute aus der Fremde mit Privilegien zum Umzug bewegte, werden auch wir uns anstrengen müssen, ein ansiedlungsfreundliches Klima zu schaffen, ein für viele Kommunalpolitiker noch neuartiger Gedanke.

An die Stelle der damals so wichtigen Religionsfreiheit (die heute selbstverständlich sein sollte) wird die Toleranz treten müssen, die Abgabefreiheit (die heute nicht mehr zulässig ist) wird durch Chancengleichheit und gute Ausbildung für die Kinder zu ersetzen sein. An dieser Stelle sind auch die Kommunen gefordert; denn wie die verschiedenen PISA-Studien gezeigt haben, kommt der vorschulischen Erziehung, bisher eine Aufgabe von Kommunen, Kirchen und freien Trägern, eine ganz besondere Bedeutung zu.

Im Wettbewerb der Regionen in Europa werden schon bald jene Regionen im Vorteil sein, die gerade ein solches Klima schaffen können. Das ist eine große Herausforderung für die Kommunalpolitik, denn damit bewegt sie sich zwar zukunftsorientiert, aber nicht unbedingt an der Befindlichkeit der Wählerschaft. Mit Programmen wie der „Sozialen Stadt“, Integrationsleistungen nach dem Zuwanderungsgesetz und anderen Instrumenten versuchen die Städte dennoch diesem Pfad zu folgen. Es reicht nämlich nicht, wenn Stadtleitbilder dem Aspekt der Weltoffenheit und Toleranz einen vornehmen Rang im Abschlussbericht einräumen – diese Postulate müssen auch mit Leben erfüllt werden.

Wie schwierig dieser Spagat sein kann, zeigt ein Blick in die ferne Vergangenheit. Das Römische Reich hat stets versucht, den unkontrollierten Zutritt fremder Völker, namentlich der Germanen, in das Reich zu verhindern. Dazu wurden aufwendige Grenzsicherungen aufgebaut und kostspielige Kriege geführt. Allerdings litt auch Rom unter dem Mangel an Fachkräften, in diesem Fall für das Militär; daher wurden die Legionen auch mit Angehörigen fremder Volksstämme, gerade mit Germanen aufgefüllt, bis schließlich selbst oberste Befehlshaber – wie Arbogast oder Stilicho – germanischen Ursprungs waren. Zugleich wurden germanische Siedler in nach Krieg oder Seuchen verlassene Landstriche aufgenommen, um eine Auszehrung der ökonomischen Basis des Reiches zu vermeiden.

Zumindest zeigt uns das Beispiel – Zuwanderungspolitik ist nicht der gelebte Altruismus, sondern, wie auch schon in der Historie, ausgesprochen eigennützig. Die Menschen werden gebraucht – dazu aber müssen sie das Gefühl haben, auch akzeptiert

⁹ Friedrich Sell, Chancen und Risiken eines neuen Merkantilismus in einer globalen Welt, in: Heinrich Reiner-mann/Christian Rosskopf (Hrsg.), a.a.O., S. 44.

zu werden. Der indische Computerspezialist ist für den Arbeits- und Wohnort in einer Stadt wenig zu begeistern, wenn er erleben muss, dass afrikanische Asylbewerber dort ausgegrenzt oder gar verfolgt werden. Er wird dann andere, freundlichere Städte suchen – und diese liegen möglicherweise in anderen Teilen Europas – oder in Nordamerika.

Allerdings, dies wird bei den Diskussionen zumeist vergessen, Zuwanderung in ein Land bedeutet auch Abwanderung an einem anderen Ort. Wir gehen zumeist davon aus, dieser Aspekt betreffe uns nicht. Das indes ist ein Irrtum. Wenn der Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken Strategien entwickeln möchte, um junge Absolventen der Fachhochschule in der Region zu halten, dann zeigt das sehr wohl, dass es auch bei uns einen „brain drain“ geben kann. Mit der Unterstützung von Existenzgründungen im Umfeld der Hochschule und einer emotionalen Standortbindung kann Kommunalpolitik durchaus einen Beitrag zur positiven Entwicklung einer Stadt und Region leisten. Denn gerade gut ausgebildete junge Menschen sind durchaus bereit, zeitweise oder auch für immer in anderen Teilen der Welt zu leben und zu arbeiten. Unsere Aufgabe ist es, dabei sozusagen einen „positiven Saldo“ anzustreben – und das klingt wieder gut merkantilistisch!

IV.

Das leitet zum zweiten Aspekt über. Die Bereitstellung von Gewerbeflächen, die Ansiedlung von Unternehmen und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen gelten nach wie vor als Markenzeichen erfolgreicher Kommunalpolitik. Eine schlechte Arbeitsplatzbilanz kann bei der nächsten Direktwahl zum Nachteil des Amtsinhabers ausschlagen, weil ihm wirtschaftspolitisches Versagen vorgeworfen wird. Dabei waren schon früher die Möglichkeiten aktiver Wirtschaftspolitik in der Kommune mehr als begrenzt; heute gilt dies noch viel mehr. Anders als zu Bechers Zeiten werden Unternehmensentscheidungen in fernen, für den Bürgermeister einer Standortgemeinde unerreichbaren Konzernzentralen getroffen – der Entrepreneur des 18. Jahrhunderts ist inzwischen weitgehend auf den Mittelstand begrenzt, der insb. als Zulieferer in seinen Entscheidungen wiederum vielfach von den Vorgaben der großen Unternehmen abhängt.

Ob bei der Fusion zweier Unternehmen einzelne Standorte aufgegeben werden, liegt ebenso wenig in der Hand der Kommunalpolitik wie die Gründung von Call-Centern oder IT-Abteilungen im Offshore-Bereich oder die Entscheidung, Produktionslinien in Osteuropa aufzubauen und gezielt den Wettbewerb von Produktionsstandorten innerhalb eines Konzerns zu forcieren. Da hilft es der Kommunalpolitik auch wenig, wenn gesamtwirtschaftliche Vorteile postuliert werden¹⁰ – der einzelne Standort fühlt sich als Verlierer. Mit den Worten von Georg Milbradt: „Die Gefahr besteht ... darin, dass ... Arbeitsplätze abwandern ... Diese Form der Arbeitsteilung ist für sich genommen nicht zu verurteilen, denn sie bringt volkswirtschaftlich Wohlstandssteigerung für alle. Weil sie Arbeitsplätze in Deutschland erhält, weil sie die deutsche Wirtschaft international wettbewerbsfähig macht. Diese Arbeitsteilung wird aber nicht für jeden Einzelnen Vorteile bringen.“¹¹

¹⁰ So formuliert der Schlussbericht der Enquête-Kommission, a.a.O.: „Die Globalisierung ist natürlich kein Nullsummenspiel“

¹¹ Regierungserklärung ..., a.a.O. Allerdings gibt es inzwischen auch Beispiele für eine Rückverlagerung, weil der „Ausflug“ ins Ausland zu kompliziert oder zu kostspielig war.

Viele Städte und Regionen haben diesen Prozess schon vor geraumer Zeit durchlebt und werden ihn auch in Zukunft noch erfahren. Denn der ökonomische Strukturwandel ist regional nie neutral. Da liegt es nahe, von der Politik Gegenmaßnahmen zu fordern. Doch das grundlegende ökonomische Prinzip in Europa ist der unbeschränkte, freie Binnenmarkt. Deshalb erteilt Georg Milbradt auch allen andersartigen Vorstellungen eine klare Absage: „Die Freizügigkeit von Gütern, Menschen und Ideen war und ist die tragende Idee Europas. Europa ist eine Antithese zum Merkantilismus und der Kleinstaaterei. Zu Diktatur und Kleinstaaterei. Europa lebt von der Unterschiedlichkeit und vom Wettbewerb, der ganz selbstverständlich auch die europäischen Staaten erfasst.“¹²

Auch die WTO hat den Abbau von Handelsbarrieren auf ihre Fahnen geschrieben, nicht zuletzt, um – bisher allerdings mit wenig Erfolg – den armen Ländern Zugänge insb. zu den Nahrungsmittelmärkten zu eröffnen. Dass eine wirkliche Öffnung dieser Märkte Folgen für die Landwirtschaft in Deutschland und damit für die Entwicklung des ländlichen Raumes, insoweit also auch der dort befindlichen Gemeinden, haben würde, bedarf sicher nicht der weiteren Erörterung. Rheinland-Pfalz mit einigen peripheren, landwirtschaftlich geprägten Räumen bekäme das durchaus zu spüren.

V.

Strukturkrisen hat es immer wieder gegeben; sie sind auf der einen Seite ganz normale Folgen einer dynamischen Wirtschaft, können andererseits aber auch ganz andere Ursachen haben. Eine der wichtigen Voraussetzungen für die rasch voranschreitende Globalisierung war das Ende des Ost-West-Konflikts. So positiv der Fortfall der Bedrohung für die Menschen überall auch ist, Rheinland-Pfalz hat mit der militärischen Konversion die Konsequenzen unmittelbar zu spüren bekommen.

Staatliche und kommunale Politik in der Vergangenheit hat immer wieder versucht, durch Neuansiedlungen die ökonomische Basis einer Region abzusichern. Das ist oft genug nur gelungen, indem (staatliche) Subventionen gezahlt oder als Vergünstigungen gewährt wurden. Zu den zentralen Prinzipien des Europäischen Binnenmarktes gehört jedoch inzwischen das Beihilfeverbot, das allen Unternehmen gleiche Wettbewerbsbedingungen bezogen auf ihren jeweiligen Standort sichern soll. Das Beihilfeverbot ist natürlich zutiefst anti-merkantilistisch; denn Privilegien oder Subsidien für den Entrepreneur waren ein zentrales Mittel, um ihn zu veranlassen, seine Fabrikation an einen bestimmten Standort zu verlagern. Da aber mittlerweile selbst die (vergünstigte) Grundstücksvergabe im Prinzip der Beihilfenkontrolle unterliegt, entfällt ein klassisches Instrument kommunaler Wirtschaftspolitik.

Selbst der Staat oder die öffentliche Hand als Entrepreneur – ein klassisches Mittel der Gewerbepolitik im Merkantilismus – ist im Visier der Wettbewerbskommissare: Stadtwerke, öffentliche Verkehrsbetriebe oder öffentliche Banken, demnächst vielleicht auch die Wasserversorgung, sollen sich dem Wettbewerb stellen. Das wiederum bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Standort, wie Sparkassenkunden in der Fläche schon jetzt schmerzlich erfahren müssen.

¹² Ebd.

Übrigens, Georg Milbradt glaubt selbst nicht so recht an sein Freihandelspostulat. Denn nur wenig später formuliert er: „Deshalb sind unsere Erfolge in der Frage der Förderpolitik so wichtig und deshalb ist es auch wichtig, dass wir uns darüber hinaus Gedanken über eine europäische Industriepolitik machen.“¹³

Inzwischen macht ein neues Paradigma die Runde. Der Staat wird nicht mehr als unmittelbar Handelnder betrachtet – er soll die „richtigen“ Rahmenbedingungen setzen. Dieses Bild vom gewährleistenden Staat ist sicher mehr als der altliberale Nachwächterstaat des 19. Jahrhunderts, denn er greift durchaus in Prozesse ein, ohne sie aber selbst direkt zu steuern. Damit allerdings bleibt er vom merkantilen Staatsverständnis immer noch weit entfernt.

Ein typisches Beispiel für diesen Gewährleistungsgedanken ist der Energiemarkt. Die öffentlichen Versorgungsunternehmen verlieren ihr Gebietsmonopol – es gilt, wenn auch mit bestimmten Übergängen, der freie Wettbewerb. Der Staat greift regulierend nur ein, um faire Marktbedingungen zu sichern – z.B. hinsichtlich des Netzzugangs. Stadtwerke haben sich insoweit längst vom öffentlichen Versorger zum wettbewerbsorientierten Marktteilnehmer gewandelt. Die Gestaltungsoptionen des öffentlichen Eigentümers und damit dezidiert der Kommunalpolitik nehmen parallel dazu ab. Dass dieser bewusste Rückzug der Politik allerdings nicht immer einfach ist, zeigt der Versuch der Bundesregierung, auf Strom- und Gaspreiserhöhungen im Zuge der Ölpreissteigerungen im Spätsommer 2004 Einfluss zu nehmen.

Das Gewährleistungsparadigma findet auch auf örtlicher Ebene seinen Niederschlag. Wenn schon direkte Wirtschaftspolitik nicht (mehr) möglich ist, dann soll jedenfalls ein wirtschaftsfreundliches Klima geschaffen werden. So wetteifern denn Städte um den Ruf als unternehmerfreundlicher Standort, versprechen one-stop-agencies, winken mit kurzen Genehmigungsfristen oder günstigen Abgabesätzen – in der Hoffnung, dass sie dadurch positiv wahrgenommen werden. Sie setzen darauf, nach einer Entscheidung eines Unternehmens, in einer (Makro)region tätig zu werden oder zu bleiben, zum auserwählten Mikrostandort zu werden. Ob dabei Ertrag und Aufwand stets in einem noch angemessenen Verhältnis stehen, sei in diesem Zusammenhang dahingestellt.

Eine zweite Strategie beruht darauf, jene Wirtschaftszweige gezielt auszubauen, die nicht oder weniger standortflexibel sind. Dazu zählt zum einen der große Bereich der mittleren und kleineren Betriebe; darauf Hermann Knödler zu Recht hingewiesen: „Gerade kleine und mittlere Unternehmen sehen sich als direkt betroffene Akteure des Globalisierungsprozesses besonderen Hemmnissen gegenüber, an Auslandsstandorten zu investieren ... Hier eröffnen sich im Bereich öffentlicher Service-Angebote für potentielle Investoren vielfältige Möglichkeiten, die in Deutschland durch ein komplexes System der Mittelstandsförderung nur teilweise verwirklicht wird.“¹⁴

Das bisher sehr strenge Beihilfeverbot in der EU hat einer derartigen Förderung sehr enge Grenzen gesetzt. Beihilfen waren – nach der sog. de-minimis-Regel – nur unproblematisch, wenn sie den Betrag von 100.000 Euro unterschritten. Es gibt sehr

¹³ Ebd.

¹⁴ Hermann Knödler, Merkantilistische Vorstellungen im Zeitalter der Globalisierung: Staatliche Förderung von ein- und ausfließenden Direktinvestitionen kleiner und mittlerer Unternehmen?, in: Heinrich Reiner-mann/Christian Rosskopf (Hrsg.), a.a.O., S. 114.

starke Anzeichen, dass die Kommission diese Grenze deutlich heraufsetzen will. Das würde z.B. die Unterstützung von Existenzgründungen als regionaler Strategie erheblich erleichtern. Denn mit den verschärften Kreditanforderungen nach Basel II hätten sonst Existenzgründer noch größere Probleme als heute, ein Unternehmen zu errichten, vor allem aber es auszubauen.

Ein drittes wichtiges Feld ist der Tourismus, der ein beachtliches Arbeitsplatzpotential (allerdings nicht nur im Bereich hoch qualifizierter Jobs) besitzt. Auch diese Strategie ist nicht neu – mit dem Bedeutungsverlust der Landwirtschaft sind z.B. in der Eifel die ersten Feriendörfer quasi als Ersatz entstanden. Dass dies aber auch für eine Stadt ein lohnender Weg sein kann, hat Speyer selbst eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Angesichts des starken Wettbewerbs im Tourismussektor sind allerdings immer wieder neue Ideen notwendig, um erfolgreich zu bleiben. Das kann die Kraft einer einzelnen Kommune durchaus übersteigen – Kooperation im Tourismus ist allerdings zumindest in unserem Bundesland noch ein sehr kompliziertes Unterfangen.

VI.

Erfolgreiche Kommunalpolitik besteht zwar zu einem beträchtlichen Teil aus Kreativität; eine nach wie vor entscheidende Determinante sind jedoch die Ressourcen, die der Stadt oder Gemeinde zur Verfügung stehen. Das führt zu der Frage nach der geeigneten Finanzierung kommunaler Leistungen. „Der Staat hat generell für die Sicherung und Finanzierung der Rechts- und Sozialordnung und anderer ‚öffentlicher Güter‘ zu sorgen. Diese geraten teilweise durch den globalen Beschleunigungsdruck in Gefahr. Und ihre Finanzierung gestaltet sich schwieriger ... Nicht gebessert hat sich ... die Finanzierungsperspektive vieler öffentlicher Aufgaben, nicht zuletzt auf kommunaler Ebene.“¹⁵

Das kommunale Steuersystem in Deutschland hängt immer noch in hohem Maße an der Gewerbesteuer, d.h. einer unternehmensgewinnbezogenen Abgabe. Von Wirtschaftsvertretern, aber auch politischen Parteien wird sie als in hohem Maße standortfeindlich klassifiziert. Denn – so erfahren wir es jeden Tag – Unternehmen ziehen an den Standort, der langfristig niedrige Steuerbelastungen garantiert.¹⁶ Allerdings: Die örtliche Hebesatzpolitik, das kommunale Steuerungsinstrument, ist dabei eher unerheblich – es sind die gesamten steuerlichen Bedingungen, die eine ausschlaggebende Rolle spielen.

Bislang galt als eine zentrale Begründung für die Gewerbesteuer ihre Funktion als Interessenklammer zwischen Gewerbe und Kommune; die Gewerbesteuer solle die Kommunen motivieren, Gewerbegebiete auszuweisen und die notwendige Infrastruktur vorzuhalten. Aber haben denn zumindest die Global Player noch diesen Bedarf? Können sie nicht Standorte weltweit nach Belieben aus- oder abbauen? Heute in Tschechien, morgen auf den Philippinen.

So überrascht es nicht zu lesen, dass weltweit tätige Firmen inzwischen wichtige Steuerparameter mit den nationalen Finanzbehörden aushandeln.¹⁷ Dazu zählt insb. die Behandlung von konzerninternen Verrechnungspreisen. Auch die Bundesrepublik

¹⁵ Enquête-Kommission, a.a.O.

¹⁶ Die Bedeutung des Steuerwettbewerbes hebt auch die Enquête-Kommission, a.a.O. hervor.

¹⁷ S. dazu: „Bund will mehr Steuerabkommen mit internationalen Firmen schließen“, Handelsblatt 10.8.2004

muss sich dieser Herausforderung stellen – auch wenn derzeit die Bundesländer noch opponieren – wenn sie nicht im internationalen Standortwettbewerb ins Hintertreffen geraten will. Es liegt auf der Hand, dass die Entscheidung nur über diesen einen Parameter das Aufkommen der Gewerbesteuer in einer Kommune viel nachhaltiger als der Hebesatz (zumal diese Abkommen auf Dauer angelegt sind) beeinflusst. Es ist daher geradezu anachronistisch, dass staatliche Aufsichtsbehörden immer noch glauben, bei einem unausgeglichenen Haushalt in ihren Genehmigungsverfügungen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes empfehlen oder gar vorschreiben zu müssen. Die globale Steuerpolitik geht längst andere Wege.

Wenn dieser Befund richtig ist, dann muss das kommunale Steuersystem verändert werden. Es darf nicht mehr auf einer so unsicheren, weil einer von der Kommune faktisch nicht zu beeinflussenden Größe, wie der Gewerbesteuer basieren. Auch eine Modernisierung der Gewerbesteuer würde an der Problematik nichts Wesentliches ändern. Ich weiss, das ist in der eigenen Zunft (noch) ein Tabu – doch eine Unternehmenssteuer macht auf lokaler Ebene nur Sinn, wenn den Unternehmen der Standort etwas wert ist. Gerade lokale Güter und Dienstleistungen müssen – dies gilt nicht nur in Deutschland, sondern weltweit – dauerhaft und sicher finanziert sein. Schulen, Feuerwehren oder (in anderen Ländern) eine Polizei nach Kassenlage sind zwar möglich, aber weder wünschenswert noch – um im ökonomischen Bezugssystem zu bleiben – standortfördernd.

Deshalb wird sehr bald das kommunale Finanzsystem (und diesmal richtig) zu reformieren sein. Ohne auf alle Einzelheiten eingehen zu können, sehe ich doch zwei wichtige Leitlinien: Die Grundsteuer, die lokale Steuer par excellence, muss deutlich gestärkt werden; mit dem Hebesatzmechanismus bietet sie auch die Möglichkeit, Ausgabeentscheidungen und Steuerfestsetzung stärker miteinander zu verknüpfen. Das wird indes nicht ausreichen. Hinzu treten muss eine (verstärkte) Teilhabe der Kommunen an der Einkommen- und/oder der Umsatzsteuer. Ob und inwieweit dies auch mit lokal differenzierten Sätzen verknüpft sein soll, ist umstritten. Insbesondere die Städte befürchten, bei einem Umstieg von der Gewerbesteuer auf der Verliererseite zu sein.

Damit wären wir dann, wenn auch auf verschlungenen Pfaden wieder beim Merkantilismus angelangt. Dem angeworbenen Entrepreneur wurden finanzielle Privilegien zuteil, die aus dem Steueraufkommen der übrigen Steuerzahler aufzubringen waren. Die vermutete Neuorientierung des Gemeindefinanzsystems zielt genau in diese Richtung. Das hat auch der Deutsche Städtetag im Rahmen der Diskussionen zur Gemeindefinanzreform als Problem sehr klar herausgearbeitet und als Argument für seine vehemente Verteidigung der Gewerbesteuer genutzt; doch im internationalen Standort- und Steuerwettbewerb ist für solche Erwägungen wahrscheinlich kein rechter Platz mehr.

VII.

Zu den regelmäßigen Klagen in den Stadträten zählt der Verfall der Innenstädte. Zum einen gibt es einen stetigen Bedeutungsverlust durch die Auszehrung des Handelspotentials insgesamt, da wichtige Handelsfunktionen „auf der grünen Wiese“, zum anderen aber auch vermehrt über e-commerce erledigt werden. E-commerce wäre ohne ein typisches Phänomen der Globalisierung, das Internet, nicht möglich;

das gilt zwar für das Vordringen der „grünen Wiese“ nicht unbedingt – der Druck, Sondergebietsausweisungen zu genehmigen, wächst jedoch mit der stärkeren Verflechtung der großen Handelsketten einerseits und dem wachsenden Wettbewerb über die Grenzen hinweg andererseits.

Sehr bemerkenswert erscheint mir indes noch ein anderer Aspekt. Gerade unsere größeren Städte werden zunehmend uniformer, indem die gleichen Ketten allerorten zu finden sind. Ob in Mannheim, Barcelona oder Strassburg – überall gibt es H&M, Zara oder New Yorker, H&M, Starbucks und natürlich McDonalds. Das typische Bild eines differenzierten, örtlich spezifizierten Einzelhandels, der jeder Stadt ihr eigenes Gesicht gab, ist längst überholt. In einer bemerkenswerten Studie haben vor einigen Jahren zwei Studentinnen dies für die Städte Koblenz und Bonn eindrucksvoll herausgearbeitet – nur 20% der Ladenflächen in den Innenstädten unterschieden sich in ihrem Besatz!

So sehr dies auch bedauert werden mag – zu ändern ist diese Entwicklung nicht. Zum einen fehlt es am Nachwuchs selbständiger Einzelhändler, zum anderen entscheidet der Mietpreis für ein Objekt darüber, welche Nutzung in Betracht kommt. Es überrascht deshalb kaum, dass diesen Wettbewerb die „Nordsee“ oder eine Bäckereikette vor dem Fachgeschäft für Damenhüte gewinnt. Nur am Rande sei erwähnt, dass es bisweilen ehemalige Einzelhändler sind, die in ihrer Rolle als Vermieter diesen Prozess durchaus fördern.

Doch vielleicht ist diese Klage gar nicht zeitgemäß. Ein Bürger des Römischen Reiches hätte gerade die Gleichartigkeit von Städten hervorgehoben. Konnte er doch darauf vertrauen, in jeder zumindest mittleren Stadt ein Forum, Thermen oder ein Theater finden zu können. Dass zudem der Stadtgrundriss vielfach ähnlichem Muster folgte, erleichterte in einer Zeit ohne Stadtpläne auch noch die Orientierung.

Gespräche mit Jugendlichen zeigen, dass dies vielleicht auch heute so ist – nur sind eben Thermen oder Theater durch „zeitgemässere Institutionen“, die H&M's, die Zaras oder Starbucks, ersetzt worden. Das Alleinstellungsmerkmal der Stadt besteht dann nicht in unterschiedlichen Geschäften, sondern in Nuancen der Warenauswahl innerhalb der gleichen Kette, wie Jugendliche sehr aufmerksam registrieren. Die Aufgabe der Kommunalpolitik besteht dann vor allem darin, für eine gute städtebauliche Einordnung zu sorgen, um damit zumindest in der Architektur Einförmigkeit zu umgehen.

Das wiederum ist ein Problem für die Mittelstädte, wie sie für Rheinland-Pfalz typisch sind. Denn die großen Investoren und Ketten finden nicht unbedingt den Weg in deren Innenstädte. Es wäre ein weites Feld, das eingehender zu erörtern – nur der Hinweis auf die in unseren Städten ganz besonders wichtige Aufgabe eines aktiven Stadtmarketing, an dem sich alle, Handel, Gewerbe, Bürgerschaft und Kommune konstruktiv beteiligen müssen, sei hier gegeben.

Umso wichtiger ist es, ein Netzwerk mittlerer Städte zu schaffen, um gemeinsam Interessen zu formulieren und Strategien zu entwickeln. Speyer hat mit dem internationalen Netzwerk „Mecine“ dazu hervorragende Grundlagen geliefert – aber auch ein regionaler Städtetag kann ein solches Netzwerk sein!

VIII.

Im Mai 2004 gründete sich die Weltunion der Kommunen „United Cities and Local Governments“ in Paris. Sie soll als adäquater Partner der UN und ihren Unterorganisationen, der Weltbank und anderen internationalen Institutionen gegenüberreten. Ist das ein Zeichen dafür, dass Kommunalpolitiker die Bedeutung globaler Trends für ihr Handeln erkannt haben und darauf reagieren? Ich fürchte, das wäre eine zu optimistische Einschätzung. Die schwache deutsche Repräsentanz bei der Gründung der Organisation lässt einen solchen Schluss gerade für unser Land nicht zu.

Das mag damit zusammenhängen, dass Kommunen der Dritten Welt eine Entscheidung der Weltbank viel unmittelbarer spüren und auch bewusster wahrnehmen als wir. Sie stehen, wie auch die engagiertesten Befürworter einer wirtschaftlich eng verflochtenen und offenen Welt einräumen viel häufiger auf der Verliererseite als Kommunen in den Industrieländern; denn – wie Globalisierungsgegner sicher nicht ganz zu Unrecht behaupten – wir sind viel häufiger die Nutznießer im Globalisierungsprozess.

Deshalb bedarf es zumindest in Deutschland noch eines erheblichen Bewusstseinswandels. Die Kommunen müssen sich den Entwicklungen stellen und sie als Herausforderung **und** Chance verstehen. Noch immer neigt – dies sei sehr selbstkritisch gesagt – die institutionalisierte deutsche Kommunalpolitik dazu, sich in eine Abwehrhaltung gegen eine Abkehr von tradierten Regelungen und Verfahrensweisen zu begeben. Dabei hat sie einige bittere Niederlagen, so bei der Liberalisierung der Energiemärkte, bei der Aufhebung der Gewährträgerschaft für die Sparkassen oder in der Diskussion um die Gemeindefinanzreform hinnehmen müssen.

Andererseits zeigt das Abschlussdokument eines auch von den kommunalen Spitzenverbänden auf Bundesebene getragenen Kongresses unter dem Titel „Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung“ im November 2004 nicht nur ein sehr optimistisches Bewusstsein hinsichtlich der lokalen Gestaltungsfähigkeit. Das Dokument erweckt vielmehr den Eindruck, dass es vornehmlich um Entwicklungspartnerschaften, die Kommunikation mit Nicht-Regierungsorganisationen, nachhaltige Entwicklung und Interkulturalität gehe (Anlage). Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, dass sich Kommunalpolitik mit weitaus mehr Fragen im Zusammenhang mit der Globalisierung auseinandersetzen muss.

Dabei haben deutsche Kommunalpolitiker im Einzelfall ein durchaus gespaltenes Verhältnis zur Globalisierung. Mit der Liberalisierung der Finanzmärkte erst sind Geschäfte wie das „Cross-Border-Leasing“ möglich geworden. Viele Kämmerer haben darin eine rechtlich zwar komplizierte, im wirtschaftlichen Ergebnis aber vorzügliche Gelegenheit gesehen, ihre klammen Kassen etwas aufzubessern. Die Kehrseite der Liberalisierung aber, eine differenzierte Bonitätsbeurteilung durch die Gläubiger im Wege des sog. Rating in Folge der neuen Regeln nach Basel II lehnen die gleichen Kommunalpolitiker jedoch für den kommunalen Sektor mit Vehemenz ab.

IX.

Was kann Kommunalpolitik im Zeichen der Globalisierung denn noch leisten? Von der noch immer weit verbreiteten Vorstellung, die Entwicklung der Kommune wirklich

umfassend selbst steuern zu können, haben wir uns längst verabschieden müssen, ohne es uns wirklich einzugestehen. Das gilt im Besonderen für den Bereich der lokalen Wirtschaftspolitik, die Rahmen setzen, aber immer seltener aktiv gestalten kann. Das mag man bedauern, gleichwohl gilt es, Kommunalpolitik im Rahmen einer vernetzten Welt neu zu definieren. Das ist sehr schwer, weil geltende Vorstellungen von Kommunalpolitik und Anforderungsprofile von Kommunalpolitikern, die nicht zuletzt durch unser System der Persönlichkeitswahl gestärkt werden, überwunden werden müssen.

Lassen Sie mich trotzdem einige wenige Thesen für eine zukünftige Kommunalpolitik formulieren:

1. Im internationalen Standortwettbewerb ist die Gemeinde wenig, die Region hingegen viel.¹⁸ Das bedeutet: Mehr und viel intensivere Kooperation ist notwendig; das gilt für Rheinland-Pfalz mit seinen extrem kleinteiligen Strukturen in besonderem Maße. Dazu zählt auch das Verständnis dafür, dass der Erfolg des Nachbarn auch der eigene Erfolg sein kann. Sehr direkt setzt beispielsweise die Region Trier daher auf die Prosperität des Standortes Luxemburg. Doch insgesamt sind wir von einem solchen Verständnis noch sehr weit entfernt, wie allein die Schwierigkeiten einer Koordination von Tourismusangeboten im Mittelrheintal zeigen.
2. Das System der kommunalen Finanzierung muss neu geordnet werden – eine Finanzierung lokaler Dienstleistungen aus dem volatilen Steueraufkommen weltweit operierender Unternehmen ist nicht zukunftsträchtig. Doch von einer innovativen und konsensfähigen Idee für ein künftiges lokales Finanzierungssystem sind staatliche Politik und Kommunale Spitzenverbände noch ziemlich weit entfernt.
3. Kommunale Wirtschaftspolitik muss sich von der quantitativen Gewerbeflächenpolitik zu einer qualitativen Betreuung von Unternehmen und kreativer Ausschöpfung regionaler Potentiale wandeln. Das neue Modewort von der „Entwicklung lokaler Ökonomien“ unterstreicht dies, auch wenn es schwer ist, im Einzelfall Empfehlungen für eine „gute“ regionale Wirtschaftspolitik zu geben. Unabhängig davon kann die einzelne Kommune nicht alles selbst; dazu bedarf es der Kooperation, auch mit anderen Akteuren wie den Kammern, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen. Das Verständnis dafür, gemeinsam für einen Standort zu arbeiten, muss stärker werden. Die seit langem liebevoll gepflegte Kritik von (Wirtschafts)Verbänden an aktuellen kommunalpolitischen Entscheidungen oder Verhaltensweisen überlagert noch zu oft zukunftsorientiertes Denken für die Region.
4. Zuwanderung ist nicht Schicksal oder Bedrohung, sondern ökonomische Notwendigkeit. Dazu bedarf es eines Klimas in unseren Kommunen, das es (potentiellen) Zuwanderern reizvoll erscheinen lässt, zu uns zu kommen. Regionen, denen dies nicht gelingt, sind in Gefahr, ökonomisch den Anschluss zu verlieren, ja u.U. sogar eine Abwanderung eigener qualifizierter Kräfte hinnehmen zu müssen.

¹⁸ So auch Roland Berger, a.a.O., S. 68f.

5. Gleichwohl möchte jede Stadt, jede Gemeinde eine Art Alleinstellungsmerkmal, das ihr ein unverwechselbares Gepräge in der Region, in Deutschland, in Europa gibt.¹⁹ Das ist heute nur im Ausnahmefall noch das einmalige Stadtbild, wie es vielleicht Venedig, Amsterdam oder Stockholm und natürlich Speyer bieten können. Es gründet sich vielmehr auf ihre historischen Wurzeln, ihre gelebten Traditionen und ihre Zeugnisse der Vergangenheit. Das ist ein Reichtum, den die meisten europäischen Städte vielen anderen Metropolen der Welt voraushaben. Lassen Sie mich als Beispiel nur das Engagement der Stadt Worms in den vergangenen Jahren erwähnen, sich ganz bewusst als Nibelungenstadt zu profilieren.

Nicht Resignation ist die Antwort auf die Globalisierung, sondern Aufbruch zu einer neu verstandenen Kommunalpolitik. Oder, mit den Worten von Georg Milbradt: „... das heißt, dass wir Anpassung und Transformation nicht nur auf der Seite der Beitrittsstaaten verlangen dürfen. Das Zusammenwachsen in der Union muss von beiden Seiten betrieben werden... Ich betone noch einmal, dass wir bei der europäischen Einigung keine Zuschauer sind. Wir sitzen nicht auf der Tribüne – wir sind handelnde Personen.“²⁰ Und was für Europa gilt, hat im Weltmaßstab genauso Gültigkeit.

Im Untertitel meines Beitrages habe ich die Frage gestellt, ob der Merkantilismus am Ende ist. Ob man eine so radikale Schlussfolgerung ziehen muss, will ich gerne auch der Diskussion überlassen; es kommt auf jeden Fall darauf an, ihn an die heutigen Bedingungen anzupassen, wie die Autoren in dem von Heinrich Reinermann und unserem Jubilar herausgebrachten Sammelband überzeugend nachgewiesen haben. Der Rahmen für merkantilistisches Denken und Handeln allerdings ist deutlich enger gezogen als vor 300 oder 400 Jahren.

Ganz überflüssig ist der Merkantilismus offenbar nicht, wenn die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ zutreffend feststellt: „In der Gefährdung bzw. Vernachlässigung öffentlicher Aufgaben, Öffentlicher Güter liegt vielleicht die wichtigste Gefahr einer Globalisierung, welche sich hauptsächlich um die Mehrung der privaten Güter ... dreht.“²¹ Wohl deshalb sagt Wolfgang Franz, Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und gewiss nicht im Verdacht, ein Merkantilist zu sein: „Ein bisschen Protektionismus braucht die Globalisierung.“²²

Zum Abschluss sei mir allerdings die Bemerkung gestattet, dass es für einen engagierten Anwalt der Städte nicht einfach ist, stets auf den Merkantilismus zu rekurrieren. Denn in seinem immer noch lesenswerten Werk „Der Merkantilismus“ hat Eli F. Heckscher zum Verhältnis von Stadt und merkantilem Staat sehr nüchtern festgestellt: „Beide Seiten der (mittelalterlichen, G.S.) Stadtpolitik, die Unterdrückung des platten Landes und die Bekämpfung der Konkurrenz fremder Städte, standen im Widerstreit mit den wirtschaftlichen Zielen der Staatsgewalt.“²³

¹⁹ Auch dazu Roland Berger, a.a.O., S. 66ff.

²⁰ Regierungserklärung, a.a.O.

²¹ Enquête-Kommission, a.a.O.

²² W. Franz anlässlich des Forschungssymposiums am 3.12.2004 (s. Anm. 4)

²³ Eli F. Heckscher, Der Merkantilismus, Bd.1, Jena 1932, S.111.

Allerdings – ganz so schlimm sind die Städte heute nicht! Das macht den Bezug zum Merkantilismus doch etwas leichter!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.